

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 19. November 2009, 10 Uhr

Rollenwechsel: Vom Bauernsekretär zum Bundesrat

Referat

von

Bundesrat Ueli Maurer

Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS

anlässlich der

**77. Delegiertenversammlung des
Schweizerischen Bauernverbandes (SBV)**

Donnerstag, 19. November 2009, Bern, Kursaal

Es ist mir eine ganz besondere Freude, heute hier vor Ihnen sprechen zu dürfen. Einmal Bauersohn, immer Bauernsohn! Ich bin mit der Landwirtschaft aufgewachsen. Sie hat mich geprägt, und sie liegt mir auch heute noch sehr am Herzen.

Ich muss zugeben: ich habe Heimweh nach der Landwirtschaft. Verstehen Sie mich nicht falsch. Meine neue Aufgabe gehe ich mit grosser Motivation an. Aber das Bundeshaus ist weit weg von den Bauern. Zwar beschäftige ich mich immer noch mit der Agrarpolitik. Aber meine neue Aufgabe füllt mich voll aus, ich kann mich nicht mehr so intensiv den Sorgen und Nöten der Bauernfamilien annehmen wie früher. Ich möchte Ihnen diesen Rollenwechsel vom Bauernsekretär zum Bundesrat an einigen Beispielen verdeutlichen.

Vorwegschicken muss ich, dass ich 20 Jahre Geschäftsführer einer Landi und viele Jahre in bäuerlichen Organisationen engagiert war. Über 14 Jahre durfte ich als Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbandes ZBV tätig sein. Die Rolle des Bundesrates kann ich Ihnen erst aus der Erfahrung eines knappen Jahres näher bringen. Hinzu kommt, dass man als Bundesrat nicht nur eine einzige Rolle ausfüllt, sondern verschiedene Hüte trägt: ich bin sowohl Mitglied der Landesregierung als auch Departementschef, daneben auch

Vorsitzender des Sicherheitsausschusses des Bundesrats
und öffentliche Person.

Welche Unterschiede hat der Rollenwechsel vom
Bauernsekretär zum Bundesrat für mich gebracht? Er drückt
sich in folgenden Kennzahlen aus: Beim ZBV haben wir
einen Umsatz von 7 Millionen Franken generiert, im VBS
verantworte ich ein Budget von knapp 7 Milliarden Franken.
Als Bauernsekretär war ich Chef von insgesamt 45
Angestellten, nun habe ich 12'000 Mitarbeitende.

„Privilegien“ als Schranken und Einschränkungen

Die markantesten Unterschiede habe ich aber in Bezug auf
Förmlichkeiten und Privilegien erlebt. Als Bauernsekretär bin
ich jeweils mit meinem privaten Familienbus durch die ganze
Schweiz gefahren. Als Bundesrat kann ich bequem im
Dienstwagen sitzen und werde chauffiert. Das bringt mir
wertvolle Stunden, um Dossiers zu studieren oder
Telefonanrufe zu tätigen – und trotzdem denke ich oft
wehmütig zurück, wie unkompliziert es früher war. Zudem
hätte ich Anrecht auf ein privates Dienstfahrzeug, darauf
habe ich verzichtet. Man geht auch im Bundesrat am besten
mit dem guten Beispiel voran. Wenn immer möglich nehme
ich für meinen Arbeitsweg zwischen Münsingen und Bern das
Velo. Auffällig anders ist mein neues Büro. Während es in
Zürich in einem abgeschrägten Dachgeschoss auf 8 m²
begrenzt war, ist es im Bundeshaus Ost gut dreimal so gross.
Dafür fehlt aussen die Türfalle und die Türe ist verschlossen;
irgendwie dünkt mich das sinnbildlich dafür, wie entrückt und

abgeschottet von der realen Welt man in Bundesbern bisweilen ist. Freude dagegen habe ich an meinem Balkon, von wo ich einen wunderschönen Blick auf die Alpen geniessen kann.

Am Meisten gewöhnen muss ich mich an die Förmlichkeiten im persönlichen Kontakt – auch hier herrschen Unterschiede. Der Respekt von Mitarbeitern und Bevölkerung gegenüber Magistraten ist gross. Das ist zwar schön, bisweilen aber ein bisschen zu viel für meinen Geschmack, weil darunter die ungezwungene Natürlichkeit leidet. Die internationale Etikette bei offiziellen Anlässen erstarrt geradezu in Formalität. Da ist jeweils klar festgelegt, wer wo steht und wie er sich verhalten sollte. Und alle sind bemüht, dem Protokoll zu folgen und keinen Fehler zu machen; das gäbe Stoff für eine Komödie.

Unterschiede gibt es selbstverständlich auch in meiner täglichen Arbeit. Die Themen haben sich verändert. Als Bauernsekretär drehte sich alles um Landwirtschaft. Heute bin ich mehrheitlich mit Sicherheitspolitik und der Armee beschäftigt. Für die Bundesratssitzungen muss ich aber auch die Dossiers meiner Kolleginnen und Kollegen kennen, und da gehört die Agrarpolitik dazu.

Bei all den Unterschieden stelle ich aber fest: es gibt auch Parallelen zwischen einem Bauernsekretär und einem Bundesrat. Zum Beispiel die Arbeitszeiten. Beide Berufe lässt man nicht am Schreibpult zurück, wenn man das Büro

verlässt. Man muss sie leben, frühmorgens bis spätabends, meist auch übers Wochenende.

Als Bauernsekretär war ich Anlaufstelle für die Anliegen der Bauernfamilien. Da hat sich der Kreis höchstens erweitert. Als Bundesrat erhalte ich zahlreiche Briefe mit Anregungen, Wünschen und Begehren – immer noch und immer mehr auch von Bäuerinnen und Bauern. Ich schätze diesen Austausch. Da kann es aber auch schon mal vorkommen, dass mir ein WK-Soldat sein Dienstverschiebungsgesuch direkt zustellt, was natürlich nicht die Idee wäre. Gleich geblieben ist auch, und das sage ich mit voller Überzeugung, gleich geblieben ist die Verbundenheit mit der Landwirtschaft. Wenn ich auch nicht mehr so nah am Puls bin, so wird die Landwirtschaft immer meine Leidenschaft bleiben.

Der grösste Unterschied zwischen meinem vorigen und meinem neuen Beruf ist der, dass ich als Bauernsekretär sagen konnte, was ich dachte und als Bundesrat sagen muss, was das Gremium denkt. Der heutige Anlass führt mich aufs Glatteis, nachdem Sie den Freihandel ablehnen und der Bundesrat gestern eine positive Bilanz gezogen hat.

Nach Ansicht des Bundesrats fällt die Bilanz der vier Reformetappen der Agrarpolitik grundsätzlich positiv aus. In jeder der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie und Soziales) wurden im letzten Jahrzehnt Fortschritte erreicht. Die Schweizer Landwirtschaft hat die grossen Herausforderungen der vergangenen Jahre

angenommen. Sie ist heute moderner und produktiver, hat sich geöffnet und nimmt gleichzeitig mehr Rücksicht auf Tiere und Natur. Sie erfüllt ihren Verfassungsauftrag. Dieses positive Ergebnis ist in erster Linie der Verdienst der Landwirtinnen und Landwirte, ihrer Familien sowie ihrer Partner der Ernährungswirtschaft.

Schweizer Bauernfamilien wohin?

Damit komme ich zu den aktuellen agrarpolitischen Fragen. Hier müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, wie eigentlich der Grundauftrag für die Landwirtschaft aussieht. Gemäss Verfassung muss die Agrarpolitik des Bundes sicherstellen, dass die Landwirtschaft mit einer nachhaltigen und auf den Markt ausgerichteten Produktion ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllen kann. Sie soll einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Pflege der Kulturlandschaft sowie zur dezentralen Besiedlung leisten können. So steht es in Artikel 104 der Bundesverfassung, der unbestritten ist. Was sind nun die besten Voraussetzungen, damit die Bauernfamilien diesen Auftrag erfüllen können?

Reden wir nicht um den Brei herum. Sie, liebe Bäuerinnen und Bauern, Sie interessiert die Gretchenfrage: Bundesrat, wie hältst du es mit der WTO und dem Agrarfreihandel mit der EU? Überlegen wir uns zuerst, wie die schweizerische Landwirtschaft im internationalen Umfeld einzuordnen ist. Wir

haben im europäischen Vergleich kleine und teure Strukturen und produzieren unter topografisch wie klimatisch schwierigen Bedingungen im Land mit den höchsten Lohn- und Lebenshaltungskosten Europas.

Das ist keine günstige Ausgangslage und war es nie. Wir importieren deshalb pro Kopf am meisten Nahrungsmittel aller europäischen Länder. Sollte die eigene Produktion weiter absinken, wird zu Recht die Frage gestellt, ob damit der Verfassungsauftrag noch erfüllt werden kann.

Aber: Kann man diese Landwirtschaft im europäischen Überschussmarkt überhaupt wettbewerbsfähiger machen? Unser Verständnis vom bäuerlichen Bodenrecht und die topografischen Verhältnisse lassen eine Kostensenkung über ein kräftiges Wachstum der Betriebe nur sehr beschränkt zu. Es braucht neben dem Strukturwandel also weitere Massnahmen.

Ökologie als Trumpf

Die Schweiz hat daher den Weg gewählt, möglichst naturnah, umwelt- und tiergerecht zu produzieren; und das im Rahmen einer flächendeckenden Landwirtschaft. Diese Strategie zur Förderung der Biodiversität, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist erfolgreich. Sie ist zu einem Qualitätsmerkmal geworden. Und sie trägt auch dazu bei, die Schweiz als Unternehmens- und Tourismusstandort attraktiv zu machen.

Ein Abweichen von dieser Stossrichtung wäre schon mittelfristig nachteilig, weil die Schweiz mit Massenproduktion kaum wettbewerbsfähig ist. Diese Politik erfordert jedoch staatliche Mittel um Anreize zu schaffen und um Produktionsnachteile in benachteiligten Gebieten abzugelten. Dazu kommt ein solider Grenzschutz, der unsere Bauernfamilien vor billiger Massenproduktion aus dem Ausland schützt. Qualität vor Masse im Rahmen einer gesamtheitlichen Politik lautet unsere Devise.

Nun stehen wir vor der Tatsache, dass die Grenzen offener werden. Zahlreiche bilaterale Abkommen der letzten Jahre, insbesondere mit der EU, sowie die Einführung des Cassis de Dijon Prinzips, führen zu einem weiteren Abbau des Grenzschutzes. Mit der WTO und dem EU-Agrarfreihandel würde dieser Grenzschutz teilweise oder gar vollständig aufgehoben. Das führte dazu, dass der Marktanteil von Schweizer Produkten im Inland sinken würde. Stellt sich die Frage, ob dieser Rückgang durch höhere Exporte kompensiert werden kann. Erste Erfahrung mit dem Käsefreihandel mit der EU lassen das Schlimmste befürchten. Wohl legten die Exportzahlen unserer Spezialitäten zu, aber die Importe steigen unter dem Strich wesentlich stärker an. Die Milchmenge konnte nicht, wie damals versprochen, um 20 % erhöht werden. Unzutreffender können Prognosen gar nicht ausfallen. Das liegt nicht nur an den Produzenten, sondern vielleicht noch mehr an den Verarbeitern. Auch sie sind nicht auf eine

Marktöffnung vorbereitet, sie produzieren im internationalen Umfeld teuer und verstehen – etwas salopp gesagt – wenig vom Export. Das mahnt nun zur Vorsicht. Denn wer Marktanteile verliert, kann in eine Negativspirale geraten, in einen Sog, aus dem er sich nicht mehr befreien kann – weniger Umsatz bei höheren Kosten war schon der Tod manches Produzenten und Verarbeiters.

Was ist zu tun?

Es gibt weiterhin keine einfache Patentlösung, sondern es geht darum, mit verschiedenen, aufeinander abgestimmten Massnahmen gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Das können sein:

1. An der Strategie einer nachhaltigen, umwelt- und tiergerechten Produktion ist festzuhalten. Dabei ist darauf zu achten, dass unnötige bürokratische Auflagen die Produktion nicht verteuern. Diese Grenze wird aus meiner persönlichen Sicht oft gestreift und auch überschritten. Die ökologische und biologische Produktion kann und muss effizienter werden. Das ist kein Widerspruch.
2. Die Schweiz hat grundsätzliches Interesse an einem WTO-Abschluss. Sie hat aber kein Interesse, bei der Landwirtschaft hohe Zugeständnisse zu machen. Allerdings ist eine Verbesserung nur möglich, wenn die Grossen in der Runde bereit sind, für die Landwirtschaft Ausnahmen zu machen. Diesbezügliche Anstrengungen muss die Schweiz unterstützen und in diese Richtung muss sie selbst aktiv werden.

3. Den EU-Agrarfreihandel will der Bundesrat aus einer Gesamtoptik prüfen. Er ging bei der Aufnahme der Verhandlungen davon aus, dass die Landwirtschaft, die Konsumenten und die ganze Volkswirtschaft davon profitieren würden. Wenn diese Ziele nicht erreicht werden, müsste folglich auf einen Vertragsabschluss verzichtet werden. Wir haben kein Interesse daran, die Rahmenbedingungen für die Bauernfamilien zu verschlechtern und die Konsumenten mit dafür bezahlen zu lassen.
4. Bei allen künftigen Verhandlungen und Handelsgesprächen haben unsere Delegationen gezielt Vorteile für unsere Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie auszuhandeln. Mit der hohen Qualität unserer Produkte dürfen solche Gespräche nicht länger zur Einbahnstrasse werden.
5. Der Detailhandel in der Schweiz verfügt über ein Quasi-Monopol. Preissenkungen der Landwirtschaft von über zwei Milliarden versickerten sang- und klanglos in den Margen der Verarbeiter und des Handels. Wir brauchen auch hier einen funktionierenden Markt, ohne dass den letzten – das sind die Bauernfamilien – immer die Hunde beißen.
6. Im Rahmen einer umfassenden Sicherheitspolitik haben wir auch inskünftig dafür zu sorgen, dass wir eine Landwirtschaft haben, die den Verfassungsauftrag erfüllt und einen wesentlichen Beitrag zu einer sicheren Versorgung der Bevölkerung leistet. Dafür hat die Politik bisherige Instrumente zu verbessern und im

rasch wechselnden Umfeld geeignete
Rahmenbedingungen zu schaffen.

Insbesondere haben auch die Bäuerinnen und Bauern, zusammen mit ihren Organisationen, einen wesentlichen Anteil zu leisten. Sie müssen die Konsumentinnen und Konsumenten davon überzeugen, dass wir die besten Produkte haben. Dass Schweizer Produkte nicht nur einen Preis, sondern einen Wert haben.

Alle Akteure müssen die Zeichen der Zeit erkennen. Dazu gehört natürlich auch der Bund. Passend scheint mir hier ein Zitat des Schweizer Müller-Verbandes zur Schweizerischen Brotversorgung, notabene aus dem Geschäftsbericht der Jahre 1913/14. Dort heisst es: „Zu wiederholten Malen haben wir der Erwartung Ausdruck gegeben, die Bundesbehörden möchten nicht bis zum Ausbruch des drohenden Weltbrandes abwarten, bevor sie in dieser heiklen und mit unserer Landesunabhängigkeit so eng verknüpften Frage eine gründliche Entscheidung treffen. Aber alle Warnungen und Mahnungen von Seiten der Fachkreise haben nichts gefruchtet. In Bern hat man die nahende Gefahr nicht erkannt und die kostbare Zeit ist unbenutzt verloren gegangen.“
Zugegeben: wir leben heute weder in Kriegszeiten noch stehen wir vor einem Brotengpass. Aber noch einmal: Das Bundeshaus ist weit weg von den Bauern. Die Landwirtschaft steht durch die internationalen Abkommen unter einem grossen Druck. Wir müssen darauf angemessen und rechtzeitig reagieren.

Viele Bauernfamilien stecken in einer schwierigen Situation. Die Aussichten sind düster. Trotzdem: ich glaube an die Schweizer Landwirtschaft. Und ich verspreche Ihnen, dass ich mich auch künftig für Sie einsetzen werde. Einmal Bauernsohn, immer Bauernsohn!